

Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Aulendorfshain, Aumelshain, Betscha, Dörsdorf, Elcha, Erdmannshain, Fuchsheim, Groß- und Kleinsteindorf, Klinga, Köhra, Lindhardt, Domshain, Stanbitz, Threna usw.)
Dieses Blatt ist amtliches Organ des Stadtkreises zu Naunhof; es enthält Bekanntgaben des Bezirksverbandes, der Amtshauptmannschaft Grimma und des Finanzamtes zu Grimma nach amtlichen Veröffentlichungen.

Größe: wöchentlich 3mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachmittag 4 Uhr
Bezugspreis: Monatlich ohne Auslagen 1.55 Mk. Post ohne Belegsgeld monatlich 1.55 Mk. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bereich: Amt Naunhof Nr. 2



Anzeigenpreis: Die gesetzliche Zeitung 20 Pf., amtliche 50 Pf., Reklamezeitung (Satzp.) 50 Pf. Tafell. Soz 50% Aufschlag. Bei unbedeutlich geschriebenem sowie durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen sind wir für Schäume nicht haftbar.

Druck und Verlag: Günt & Gute, Naunhof bei Leipzig, Markt 3

Nummer 153

Donnerstag, den 20. Dezember 1928

39. Jahrgang

Amtliches.

In der gestrigen 16. diesjährigen Sitzung der Stadtvertreter waren folgende Beratungen und Beschlüsse getroffen:

1. Von dem Ergebnis der Revision der städtischen Kosten nahmen man Kenntnis.

2. Der 1. Nachtrag zur Sparkassenordnung wurde in der vorgetragenen Fassung angenommen.

3. Der 24. Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung wurde in der vorgetragenen Fassung angenommen.

4. Zu einem Gesuch des Bezirkvorstandes der Roten Hilfe West-Sachsen in Leipzig wurde beschlossen, 20 RM. als einmalige Beihilfe zu bewilligen.

5. Die Rechnungen der städtischen Kosten auf das Rechnungsjahr 1926 wurden richtiggestellt.

6. Auf die Zeit vom 1. Januar 1929 bis 31. März 1930 wurden als Richter beim Amtsgericht Grimma die Herren Waldarbeiter Paul Funke, Betriebsarbeiter Paul Wagner, Maurer Paul Pein als Mieter, die Herren Prokurator Willi Hoffmann, Kaufmann Erich Neumann, Kaufmann Otto Zog, Schlossermeister Karl Schüller als Hausbesitzer und Vermieter vorgeschlagen.

7. Von einem Bericht über die erfolgte Prüfung der hiesigen Gläsernlage durch die Kremer-Klärgesellschaft, Berlin-Friedenau wurde Kenntnis genommen und beschlossen, Abfälle zu schaffen und die dazu nötigen Vorarbeiten in Angriff zu nehmen.

8. Das Gesuch des Ratsstellerspächters um Erweiterung der elektrischen Anlagen in den Gastwirtschaftsräumen wurde bedingungsweise genehmigt.

9. Von einer Mitteilung des Schulbezirkvorstandes wegen Errichtung eines Kantortoilettenhauses wurde Kenntnis genommen. Mit der Abgabe eines Bauplatzes in der Kurze Straße erlässt man sich einverstanden.

10. Die Beschlüsse des Verfassungsausschusses vom 14. d. M. wurden genehmigt. Sie betrafen u. a. Kenntnahme von einer Verordnung des Ministeriums des Innern vom 8. d. M. über die Höchstzahl der Stellen des Gemeindepolizeidienstes für die Stadt Naunhof, die bedingungsweise Genehmigung zur Aufstellung eiserner Fahrradständer auf den Fahrrädern über den Fußwegen der Stadt und Genehmigung eines Gesuchs um teilweise Gestaltung von Straßenbaufällen.

Naunhof, am 19. Dezember 1928. Der Stadtrat.

Freitag, den 21. d. Mon., vorm. 11 Uhr sollen im Gasthof "Gambinus" in Naunhof eine neue Räumlichkeit, 1 Sofa und 1 Liegesofa meistbietend gegen Barzahlung öffentlich versteigert werden.

Grimma, am 20. Dezember 1928.

Qu. I 3344. 3293/28

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Der rote Hahn.

Ein böses Einladun des Weihnachtstages in Berlin! Gleich an zwei Tagen hintereinander rasten, so schnell es die Verkehrssicherung zuläßt, unter grettem Klang- und wilden Huysianalen die Löschzüge der Feuerwehr durch die Straßen, tönt auf den Brandwachen der Alarmruf: Großfeuer! Menschenleben in Gefahr! Ein derart schweres Brandungskatastrophe lebt, gerade acht Tage vor dem Weihnachtstag, ist seit langen Jahren in Berlin nicht mehr zu verzeichnen gewesen. 31 Opfer forderte das Feuer und schon liegen drei von diesen auf der Totenbank. Große Werte sind vernichtet worden, ganze Fabriken brannten aus vom Keller bis zum Dachstuhl. Aus einem fast nebensächlichen, unbedeutenden Ereignis heraus, mit dem sich ein paar ungünstige Umstände verbunden — und fast denkt man daran, wie dem gelungenen Worte zufolge mit Streichhölzern spielende Kinder schon ganze Städte angeschafft haben.

Selbstverständlich lehnte schon die große Untersuchung ein: schärfere Kontrolle namentlich in feuergefährlichen Betrieben wird gefordert. Umbauten verlangt überall dort, wo nach Menschenmessen aufrüttender Schutz gegen Feuergefahr nicht besteht. Hinter all dem taucht aber das große Fragezeichen auf: Wobei das hierzu notwendige Geld nehmen? Wir seilen bei der Haupoltis ge- wiss nicht an einem Beamtenmangel, denn schier er los ist der Inkassoweg, den jedes neue Bauvorhaben zurückzulegen hat. Und die Prüfung der Feuergefährlichkeit steht dabei nicht an leichter Stelle. Aber bei älteren Betrieben, namentlich kleinerer oder mittlerer Art, gehört es oft zu den finanziellen Unwidrigkeiten, das höchst erreichbare zu fordern: Wach vor Säuberkeit gegen Feuergefahr zu schaffen.

Auch hier macht sich die deutsche Art geltend. Auf dem Lande, in den kleinen und mittleren Städten sieht's ja ebenso aus. Wie mancher Landvott wird brennend" gern die alte ausgetrocknete Scheune mit dem feuergefährlichen Dach- und Fachwerk abreißen und durch eine feuerfeste ersetzen lassen, wenn nur das Geld hierfür da wäre. Und oft genug deckt die Versicherung längst nicht den entstandenen Schaden, steht der Landvott, der Kleinbürger „an dem Grade seiner Habe“. Und — auch das muß festgestellt werden — es liegt heute schneller der „rote Hahn“ auf dem Dach der wohlfälschten Scheune als früher. Mit den Feuerwehrwerken, den zahlreichen Brandwachen ist man in der Großstadt besser gesichert als dort wo nur die freiwillige, sogenannte Feuerwehr einzusehen kann. Auch hier und gerade hier Mangel an Geldmitteln an allen Ecken und Enden, wird

Einigung über die Schuldenkonferenz

Die Berufung der Sachverständigen bevorstehend.

Technische Vorbereitungen beendet.

Nach wochenlangen und wechselseitigen Verhandlungen sind die Vorbereitungen für die Einberufung der Sachverständigenkommission gut, wie es heißt, vollständig und endgültig. Regierung und Reparationsproblem mit Deutschland endlich beendet werden. Eine zwischen den beteiligten Mächten und dem Deutschen Reich vereinbarte Mitteilung wird sofort in Berlin und Paris gleichzeitig veröffentlicht werden. In dieser Mitteilung sollen die Grundlage bekanntgegeben werden, nach denen die Ernennung der Sachverständigen erfolgt und der Umfang der Arbeiten, die ihnen zugewiesen werden.

Die Aufforderung an die Vereinigten Staaten zur Teilnahme soll sich wahrscheinlich in der Weise vollziehen, daß der englische Vorsitzender in Washington als Vorsitzender der diplomatischen Vertreter der sechs beteiligten Mächte, nicht als Vertreter Englands, Schritte für die Ernennung der amerikanischen Sachverständigen tun wird. Diese Verhandlungen werden voraussichtlich mehrere Wochen in Anspruch nehmen, so daß der Zusammentritt der Konferenz vor Februar 1929 nicht als wahrscheinlich erscheint. Die Hauptdelegierten der europäischen Mächte werden sein: St. Mary (England), Mareau (Frankreich), Brancq (Belgien), Porelli (Italien). Deutscher Hauptdelegierter wird Reichspräsident Schacht sein, die Entscheidung über den zweiten Delegierten, der möglichst nicht nur Finanzmann sein soll, ist noch nicht gefallen.

Es erst anders, wenn wieder einmal großer Schaden entstanden ist. Menschenleben verlorengegangen sind. Menschenwerk, also Stützwerk, bleibt ja doch alles, was erkannt und eingerichtet, beobachtet oder durchgeführt ist zum Schutz gegen diesen furchtbaren Feind des Menschenreichs, und die Elemente lassen das Geschehen des Menschenhandels. Größer, umfassender ist die Herrschaft des Menschen über die Elemente geworden, aber um so fahrlässiger, vernichtender wirken sie, wenn sie einmal die Fesseln sprengen.

Marshall Cadorna im Todeskampf.

Der aus dem Weltkrieg der bekannte italienische Marshall Cadorna ringt mit dem Tode. Vom Mai 1915 bis November 1917 leitete er die Unternehmungen der Italiener an der Isonzofront. In all' großen Schlachten konnte er nur unbedingt gewinnen.



beendendes Geschehen gewinnen, als er die zweite Schlacht vorbereitete, traf ihn ein wichtiger deutsch-österreichisch-ungarischer Angriff, der sein ganzes Werk in wenigen Tagen vernichtete und die Italiener hinter die Isonzo zurückwarf. Cadorna wurde abberufen und durch Diaz ersetzt. Im Juli 1918 wurde er nicht nur seines Ranges, sondern auch seines Amtsgehalts für verlustig erklärt. Erst im Jahre 1924 wurde er rehabilitiert und von der Regierung Mussolini zum Feldmarschall ernannt. Cadorna steht im 79. Lebensjahr.

Bolivien nimmt Vermittlung an.

Unter dem Druck der Nachbarn.

Die bolivianischen Truppen sind angewiesen worden, ihren Vormarsch aufzugeben und die Feindstellungen einzustellen. Das geschah nun freilich nicht ganz freiwillig, sondern auf die aus den Nachbarstaaten Chile, Argentinien, Peru und Brasilien kommende Androhung hin, dem vom Meer abgeschnittenen Bolivien die Zufuhr zu sperren, wenn es weiter gegen Paraguay vorgehe und keine der angebotenen Vermittlungen annehme. Das schwächere Paraguay hatte von Anfang an sich einer Vermittlung zur Entfernung der Streitpunkte und Herstellung des Friedens nicht widerstellt.

Die letzten Abmachungen.

die in Paris namentlich bei der Unterredung des deutschen Vorsitzers von Hösch mit dem Ministerpräsidenten Poincaré getroffen wurden, umfassen dem Vernehmen nach folgende Punkte:

Es werden unabhängige und gleichberechtigte Sachverständige ernannt, die in Finanz- und Wirtschaftsfragen besondere Kenntnis und Erfahrung besitzen.

Jede der beteiligten Regierungen ernnt zwei Sachverständige, denen beratende Experten beigegeben werden können. Die deutsche Regierung ernnt ihre Sachverständigen direkt. Den Reparationsmächten bleibt es überlassen, ob sie ihre Sachverständigen ebenfalls direkt oder durch die Reparationskommission benennen. Deutschland und die Reparationsmächte werden sich gemeinsam an die Vereinigten Staaten mit dem Erluchen wenden, in die Sachverständigenkommission ebenfalls zwei Delegierte zu entsenden.

Die Mitglieder des Komitees werden an Sitzungen ihrer Regierungen nicht gebunden. Die Vollmacht entspricht in ihrer Formulierung der Vereinbarung, die im September in Genf getroffen worden ist. Unter Hinweis auf die Londoner Abmachungen von 1924 werden die Sachverständigen erlaubt, Vorschläge für die endgültige Regelung des Reparationsproblems zu machen. Dafür ist die Prüfung des deutschen Verteidigkeitsvertrags eine selbstverständliche, wenn auch nicht ausdrückliche Voraussetzung.

Keine der beteiligten Regierungen wird allein die Rolle der einlodenden Macht spielen. Deutschland und die Reparationsmächte werden gemeinsam, wenn die Ernennungen vollzogen sind, die Mitglieder der Sachverständigenkommission einladen, sich zu versammeln. Es bleibt aber den Mitgliedern des Komitees selbst überlassen, den Zeitpunkt für den Beginn ihrer Beratung und den Ort ihrer Tagung zu bestimmen. Angenommen ist es, daß als Tagungsort zunächst Paris gewählt werden wird und daß die Sachverständigen ihre Sitzungen in Berlin fortsetzen werden.

Der bolivianische Kriegsminister Suarez veröffentlicht eine amtliche Erklärung, in der er bestreitet, daß die Truppen Boliviens die Forts Valois, Alvarola, General Génés angegriffen hätten.

Bolivien an den Völkerbund.

Das Generalsekretariat des Völkerbundes veröffentlicht ein Dienstag morgen eingetroffenes Telegramm des bolivianischen Außenministers Thomas Manuel Elió an den Ratssprecher Briand.

In dem Telegramm wird Bezug genommen auf das von Briand von Yugano aus abgesandte Telegramm, in dem er in seiner Eigenschaft als Ratssprecher die dringenden Empfehlungen zur Verminderung neuer Zwischenfälle erneut hat, durch die der Erfolg eines friedlichen Verfahrens in dem Streitfall zwischen Bolivien und Paraguay gefährdet werden könnte. In dem neuen Telegramm des bolivianischen Außenministers heißt es: „Meine Regierung gibt unter Annahme dieser Anregungen Ihrer Exzellenz die Versicherung, daß sie dem Chef der Militärposten den Befehl erteilt hat, jedes Vorrücken und jeden Angriff ihrerseits zu unterlassen und sich auf das Erreichen von Defensivmaßnahmen zu beschränken.“

Die Vermittlung Südamerika.

Keine außerordentliche Völkerbundratifizierung.

Da in einer Dienstag zwischen Briand, dem Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, und den beiden Befindenden Boliviens und Paraguays in Paris abgehaltenen Verhandlung letztere erklärt, die beiden Staaten würden die Vermittlung einer dritten Macht, der Vereinigten Staaten oder Argentinien, annehmen, erhofft man eine günstige Lösung. Sollte es nicht gelingen, den Streit auf diesem Wege beizulegen, so würde der Völkerbund berücksichtigt werden und zu einem späteren Zeitpunkt zusammentreten. Im Augenblick jedenfalls wird an die Einberufung des Völkerbundrates zu einer außerordentlichen Sitzung in Paris nicht gedacht.

Die bolivianische Regierung veröffentlicht eine Mitteilung über die Annahme der Vermittlungsdienste der Panamerikanischen Konferenz, in der es heißt, daß die bolivianische Gesandtschaft in Washington den Staatssekretär Kellogg davon verständigt habe, daß die Annahme der Vermittlungsdienste an die Voraussetzung gebunden sei, daß eine Untersuchung über den Ursprung des Streitfalls mit Paraguay stattfinde. Auch Paraguay hat die Vermittlung der Panamerikanischen Konferenz angenommen. In Genf sind heute neue Noten von Paraguay und Bolivien eingegangen, die bestätigen, daß beide Regierungen sich mit der Unterbreitung des Konflikts an die Panamerikanische Konferenz einverstanden erklären.

Es wird weiter gerichtet.

Trotz der Annahme des Vermittlungsbotschaften werden sowohl in Bolivien wie in Paraguay die kriegerischen Vorbereitungen fortgesetzt. In Asuncion (Paraguay) wurde angekündigt, daß von 30 000 Freiwilligen für die Armee bisher 30 000 angenommen wurden. Weiter wurde betont, daß eine Gruppe von angeblichen Überläufern der bolivianischen Armee in Almarsi in der Nähe von Asuncion gefangen genommen wurde. Ebenso haben die Arbeiten zur verstärkung der Heereskräfte in Bolivien bisher nicht nachgelassen.